

Foto: Marko Tesch



Bürgermeisterkandidatin Ines Feierabend

Ines Feierabend soll nächste Bezirksbürgermeisterin von Treptow-Köpenick werden

DIE LINKE nominiert die beliebte Sozial- und Gesundheitsstadträtin für den Chefinsessel

Ganz ohne öffentliche Demontagen und persönliche Querelen geht es auch: Einstimmig haben Bezirksvorstand und BVV-Fraktion beschlossen, der VertreterInnenversammlung der Treptow-Köpenicker LINKEN vorzuschlagen, Ines Feierabend als Kandidatin für das Bürgermeisteramt und Spitzenkandidatin zur BVV-Wahl zu nominieren. Zugleich wurde die Bereitschaft des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters Michael Schneider ausdrücklich begrüßt, für das nach der Wahl am 18. September 2011 zu bildende Bezirksamt, zur Verfügung zu stehen.

Immer wenn es im Bezirk um die Kernbereiche menschlichen Daseins ging, war die Handschrift der 45jährigen unverkennbar: sei es bei der Rettung der

kommunalen Seniorenfreizeitstätten als Kiezklubs, bei der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements z.B. mit Hilfe des Freiwilligenzentrums oder beim Berliner Freiwilligentag, bei der Formulierung und Umsetzung des Zieles „Gesund alt werden in Treptow-Köpenick“, bei der Sicherung der für viele Menschen wichtigen Arbeit im Rahmen des Öffentlichen Beschäftigungssektors oder beim Kampf um den Erhalt und Ausbau der allgemein- und fachärztlichen Versorgung, um nur einiges zu nennen. Der sichere und verständnisvolle Umgang mit Betroffenen, deren Rat und Beteiligung für ihr Amtsverständnis selbstverständlich sind, ist beispielgebend für eine soziale und ökologische Bürger-

kommune, wie sie DIE LINKE mit ihrer zur Zeit diskutierten Wahlprogrammatik für Treptow-Köpenick anstrebt.

Ines Feierabend verkörpert mit ihren langjährigen Erfahrungen als ehemalige Marzahner Sozialamtsleiterin, Referentin der Staatssekretärin für Soziales und nunmehr als Sozial- und Gesundheitsstadträtin in Treptow-Köpenick Fachkompetenz und Verwaltungserfahrung. Sie ist auch immer offen geblieben für die Nöte und Sorgen des Einzelnen.

Wir sind davon überzeugt, dass es höchste Zeit ist, dem zunehmend absolutistischen Gebaren der hiesigen SPD ein Ende zu bereiten und auch in Treptow-Köpenick endlich den Bürgerinnen und Bürgern entscheidende Gestaltungskompetenz einzuräumen – mit Ines Feierabend haben wir die richtige Frontfrau, mit unseren Wahlaussagen das Konzept und mit den im Frühjahr zu wählenden Kandidatinnen und Kandidaten für BVV und Abgeordnetenhaus auch das Team dafür.

■ ■ Marko Tesch

Bezirksvorsitzender DIE LINKE
Treptow-Köpenick

Bezirksvorstand und BVV-Fraktion DIE LINKE Treptow-Köpenick sowie die Redaktion des blättchen Treptow-Köpenick wünschen allen Leserinnen und Lesern ein friedliches Fest und ein frohes und glückliches neues Jahr.

Das nächste blättchen erscheint erst am Donnerstag, 3. Februar 2011

IN DIESER AUSGABE

- Seite 2:** Eklat um Sitzverteilung
- Seite 3:** Spaziergang unter Flugrouten
- Seite 5:** Altstadt als kulturelles, touristisches Zentrum
- Seite 6:** Kultur im Parteiprogramm
- Seite 7:** Die Berliner Mauer in Treptow

Parteitaktische Spielchen lähmen BVV-Sitzung Eklat um Sitzverteilung

Der Wechsel des langjährigen CDU-Mitglieds Joachim Schmidt zur FDP ermöglichte es dieser, die siebte Fraktion im Rathaus zu bilden. Das Recht der FDP, Mitglieder in Ausschüsse zu entsenden, machte eine Neuregelung über die Zahl der Ausschussmitglieder für die einzelnen Fraktionen nötig. Die Fraktion DIE LINKE plädierte dafür, die Zahl der Ausschussmitglieder beizubehalten. So seien nicht nur die Mehrheitsverhältnisse gewahrt, ebenso würden auch Sitzungsgelder gespart. Bei der außerplanmäßigen Bildung der



WASG-Fraktion 2007 sei ebenso verfahren worden, weil die gesetzlich zulässige Anzahl an Ausschussmitgliedern erreicht war. Damals habe DIE

LINKE auf Sitze verzichten müssen, heute da dies zulasten der SPD ginge, gelte das Bezirksverwaltungsgesetz offenbar nicht mehr, so Fraktionschef Philipp Wohlfeil.

Dies sah zunächst auch die CDU so, was Verstimmungen innerhalb der Zählergemeinschaft aus SPD, CDU und FDP auslöste. Anträge zur Unterbrechung verzögerten die Sitzung für mehr als eine Stunde. SPD und CDU brauchten eine beträchtliche Zeit, um sich über ihr gemeinsames Handeln in dieser und anderen Fragen zu einigen. Ihm sei mit weitreichenden Konsequenzen gedroht worden, sollte es zu einem abweichenden Abstimmverhalten kommen, sagte der Fraktionsvorsitzende der CDU Christian Schild in der BVV.

Schließlich wurde die Vorlage, die die gesetzliche Vorgabe für Ausschussgrößen überschreitet und die die SPD

gegenüber der Linksfraktion unverhältnismäßig besserstellt, mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD knapp angenommen. SPD-Fraktionschef Oliver Igel kündigte allerdings an, über diese Frage in naher Zukunft einen breiten Konsens finden zu wollen.

Mehr als zwanzig Punkte standen auf der Tagessordnung. Letztlich konnten durch die erhebliche Verzögerung lediglich zwei Anträge beraten werden. Wichtige Anliegen, wie etwa der Protest gegen den Personalabbau im Jobcenter Treptow-Köpenick oder drei Anträge zum Thema Fluglärm, wurden vertagt.

„Es ist ärgerlich, dass parteitaktische Spielchen das Bezirksparlament lähmen“, erklärt Wohlfeil. Statt sich um die wichtigen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern, beschäftigen sich die Zählergemeinschaft offenbar lieber mit sich selbst. Es sei Zeit, dass die Karten neugemischt würden und andere Mehrheiten Schwung in den Laden brächten. „Gut, dass bald gewählt wird“, so Wohlfeil abschließend.

■ ■ Joseph Rohmann

Informationen aus dem Bezirksamt

► Keine Dokumentations- tafel Waldstraße

In der Johannisthaler Waldstraße wird es keine Gedenktafel für prominente Persönlichkeiten geben, die dort gewohnt haben. Nach nochmaliger Überprüfung, so die Begründung im Schlussbericht zu einem entsprechenden BVV-Beschluss, reihe sich die Waldstraße ein in die Anzahl ebenbürtiger, wenn nicht bedeutenderer Straßen im Bezirk. Üblich sei dagegen die Würdigung einzelner Personen in ihrer herausragenden historischen Bedeutung.

► Aktionspark Oberschöneweide

Die Anlage eines „Aktionsparks“ nach Abschluss des Sanierungsgebietes Oberschöneweide will der Senat mit 400.000 Euro unterstützen. Es stehe eine Fläche von 5000 Quadratmetern zur Verfügung. Der endgültige Standort einer Sporthalle für die Hochschule für Technik und Wirtschaft wird ein Realisierungswettbewerb der Planung ergeben.

Kürzung für den Städtebau hat Konsequenzen auf Bezirksebene

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant eine Halbierung der Städtebaumittel. In bezirklichen Sanierungsgebieten könnte sich eine solch umfangreiche Kürzung negativ auswirken. DIE LINKE in Treptow-Köpenick fordert mehr Unterstützung.

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage des Bezirksverordneten André Schubert (DIE LINKE) geht hervor, dass die Städtebaumittel für den Bezirk nur bis 2013 als gesichert gelten. Mögliche kurzfristige Auswirkungen der Sparpolitik des Bundes seien bis dahin spekulativ, so Bezirksstadtrat Rainer Hölmer. Jedoch gilt dies nicht für weitere Planungen. Die Vorbereitung neuer Sanierungsgebiete durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sei möglicherweise gefährdet. Dazu gehört unter anderem auch das Gebiet um den Karl-Kunger-Kiez in Alt Treptow.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, mehr Geld für den Städtebau zur Verfügung zu stellen. „Gerade der Bezirk Treptow-Köpenick muss in naher Zukunft

für die Verbesserung der Wohnsubstanz und bezahlbare Mieten sorgen. Mit halbierten Mitteln ist dies eine kaum zu bewältigende Aufgabe“, kommentiert Schubert.

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der
BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franzke,
Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos
usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: Druckerei Bunter Hund,
Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. November 2010
Ausgabetag „blättchen“ 167: Do 3. Februar 2011
Redaktionsschluss für „blättchen 166“: 25.1.2011
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.



Kommunalpolitiker der LINKEN, darunter Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender, und Ernst Welters, mit dem CDU-Frktionsvorsitzenden Christian Schild an der Spitze der Demonstration

Erfolgreiche Kundgebung gegen BBI-Lärm Spaziergang unter Flugrouten

Rund eintausend Teilnehmer fanden sich Ende November zum „Spaziergang unter Flugrouten“ zusammen. Unter tatkräftiger Beteiligung der LINKEN Treptow-Köpenick, aber auch der CDU, „spazierte“ die Demonstration von der Gosener Kirche nach Müggelheim.

Hier fand die Kundgebung mit dem ehemaligen Köpenicker Umweltstadtrat Ernst Welters statt, zu der sich neben den Spaziergängern noch viele weitere Menschen einfanden.

In seiner Rede forderte Welters den tatsächlichen Schutz der Nachtruhe sowie Flugrouten, welche die Belastung der Menschen minimieren. Er unterstrich: „Alle aktuellen Diskussionen zeigen mit aller Deutlichkeit, der Standort für den BBI ist ein falscher Standort, wie immer die Flugrouten liegen – immer wird es Betroffene geben. Die falsche Grundsatzentscheidung haben uns aber federführend Diepgen/CDU, Stolpe/SPD und Bundesminister Wissmann/CDU eingebrockt. Hier stand die politische Entscheidung gegen alle Fachbeurteilung der Raumplanungen.“

Die aktuellen Demonstrationen im Südwesten Berlins kommentierte Welters: „Wenn jetzt die Südwestberliner und ihr Brandenburger Umfeld aufmucken und Gehör finden bei namhaften Politikern, weil sie erschreckt feststellen, dass sie auch überflogen werden, so kann ich das zwar verstehen, aber ich verstehe auch die Wut derjenigen, die seit Jahren gegen den Standort Schönefeld angekämpft haben und wenig Gehör und Unterstützung gefunden haben. Unter dem Zuruf ‚Endlich aufgewacht‘ sollten wir die Bewe-

gung nutzen, um die Forderungen nach Optimierung der Flugrouten beim West- und OST-An- und -Abflug, konsequente Durchsetzung des Nachtflugverbots und mehr Mittelbereitstellung für passiven Schallschutz durchzusetzen. Wenn Wowerreit, Platzeck und Junge-Reyer erklären, bei der Flugroutendiskussion muss der Schutz der Menschen vor wirtschaftliche Interessen gehen – um wie viel mehr gilt das bei der Aushöhlung des Nachtflugverbotes.

Liebe Zehlendorfer, Lichtenrader, Wannseeer, Potsdamer und Stahnsdorfer, kämpfen Sie mit uns gegen die Aushöhlung des Nachtflugverbots, dann seid Ihr sicher, wenigstens nachts nicht überflogen zu werden.“

Den beiden Regierungschefs rief er zu: „Herr Platzeck, Herr Wowerreit, Berlin und Brandenburg besitzen 74 % des BBI! Setzen Sie sich für Ihre ‚Schutzbefohlenen‘



Schutz der Nachtruhe war eine der wichtigsten Forderungen.

ein und setzen Sie durch, die Aushöhlungen des Nachtflugverbots zurück zu nehmen!“

Einigkeit herrschte bei den Teilnehmern der Kundgebung darüber, dass Schönefeld für den Großflughafen eindeutig der falsche Standort ist und dass das Nachtflugverbot konsequent umgesetzt werden muss. Uneinigkeit herrschte dagegen über die ebenfalls laut gewordene Forderung nach einem Baustopp, weil die tatsächliche Entscheidung für Schönefeld schon vor Jahren vom Berliner Senat aus CDU und SPD unter Eberhard Diepgen getroffen wurde. Welters: „Baustopp und ein neues Planfeststellungsverfahren würde bedeuten, Tegel muss weiter geöffnet bleiben und die Wiederzulassung von Tempelhof würde betrieben. Dies halte ich nicht für mehrheitsfähig“

Besondere Beachtung erfuhre eine Sonderausgabe des „blättchen Treptow-Köpenick“, das von der LINKEN auf der Kundgebung erstmals verteilt wurde. Parteiübergreifend kommen darin Betroffene und Zuständige zum Flughafen-Thema zu Wort. Diese Zeitung wird in der großen Auflage von 20.000 Exemplaren im gesamten Bezirk mit Schwerpunkt der betroffenen Ortsteile verteilt. Zusätzlich ist sie in den Geschäftsstellen erhältlich.

■ ■ Karl Forster



Der lange Atem hat sich gelohnt

Ausbau „politisch jetzt nicht durchsetzbar“

Rainer Hölmer (SPD), Stadtrat für Stadtentwicklung, erklärte am 10. November 2010 im Stadtplanungs- und Verkehrsausschuss der BVV, dass die Entscheidung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick zum Ausbau der Müngersdorfer Straße juristisch korrekt, jedoch politisch zumindest in dieser Wahlperiode nicht durchsetzbar sei.

Damit geht eine seit dem Jahre 2007 ausgetragene Auseinandersetzung zwischen einem Großteil der Mitglieder des BVV-Ausschusses für Stadtplanung und Verkehr und dem zuständigen Stadtrat Hölmer vorläufig zu Ende. Vor allem zählt sich die Beharrlichkeit von Stadtplanungsausschuss und betroffenen Bürgern der Müngersdorfer Straße aus. Bürger, die als Eigentümer seit Jahren die Sinnhaftigkeit des geplanten Bauvorhabens in Frage stellten und bisher keine einzige schlüssige Antwort bekommen haben, aber auch Aktivitäten aus der BVV, wie die der LINKEN, haben zu

dem nötigen politischen Druck geführt, der Stadtrat Hölmer zu jener Erklärung vom 10.11. veranlasste. So hat die LINKE bereits seit 2007 die Einstellung des Vorhabens gefordert und dies in einem Brief vom 16.07.2007, unterschrieben vom fachpolitischen Sprecher für Stadtplanung und Verkehr der Linksfraktion, dokumentiert. Seit dieser Zeit hat die LINKE mit einer Vielzahl von Aktivitäten wie zum Beispiel dem Antrag, eine Bürgerinformationsveranstaltung zu der geplanten Straßenbaumaßnahme durchzuführen, und der immer wieder beharrlichen Problematisierung des Themas ihren Beitrag zur Verstärkung des politischen Drucks auf Stadtrat Hölmer geleistet. Ein langer Atem, der sich für die „Müngersdorfer“ nun gelohnt hat.

■■■ *Udo Franzke, stellv. Fraktionsvorsitzender und fachpolitischer Sprecher für Stadtplanung und Verkehr der Linksfraktion in der BVV*

Auch zu Hartz-IV:

Beratungshilfe am Amtsgericht

„Beratungshilfe“ ist die bisher wenig bekannte Möglichkeit, für Menschen mit geringem Einkommen, auch außerhalb von gerichtlichen Verfahren (dort heißt es dann „Prozesskostenhilfe“) für maximal 10 Euro anwaltlichen Rat einzuholen. Der Anwalt kann auf die 10 Euro aber auch verzichten. Und um gleich hier etwaigen Missverständnissen vorzubeugen, die in der Debatte auch geäußert wurden: Reich wird ein Anwalt damit nicht. Die Beratung bringt ihm 30 Euro, das gesamte Mandat 70 Euro.

Trotz dieser vergleichsweise geringen Summen ging das für unseren Bezirk zuständige Amtsgericht Köpenick in den letzten Jahren immer mehr dazu über, Antragsteller mit der Begründung wieder wegzuschicken, sie könnten sich auch „wo anders“ beraten lassen; in „Hartz-IV“-Angelegenheiten z.B. vom „JobCenter“ selbst.

Mit einer solchen Begründung freilich wäre der Bock zum Gärtner gemacht, soll sich doch gerade gegen ungerechte Entscheidungen der „JobCenter“ gewehrt werden. Da aber trotz eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes (AZ 1

BvR 1517/08), das eine solche Praxis für verfassungswidrig erklärt hat, immer noch potentielle Antragsteller weggeschickt werden (im Jahre 2009 laut Präsidentin des AG Köpenick 374 Bürger), war ein Antrag der Linksfraktion in der BVV notwendig geworden, diese Praxis zu ändern. Dieser wurde auch mit großer Mehrheit – bei Enthaltung der SPD – angenommen.

Bleibt zu hoffen, dass sich nun endlich etwas ändert und den ärmeren Bevölkerungsgruppen nicht länger der Zugang zum Recht verwehrt wird.

■■■ *Dan Mechtel, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion in der BVV Treptow-Köpenick*

Tourismus für Alle – Altstadt Köpenick Barrierefrei

Um Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die historische Altstadt von Berlin Köpenick nahe zu bringen, hat der Tourismusverein Treptow-Köpenick jetzt ein innovatives Projekt vorgestellt. Gemeinsam mit dem Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin, der Beauftragten für Menschen mit Behinderung des Bezirkes und Vertretern von Fachverbänden wurde eine Altstadtführung erarbeitet, die weitgehend barrierefrei ist! Sowohl Hör- als auch Sehgeschädigte sowie Rollstuhlfahrer können nun mit Hilfe eines Multi-Media-Guides Alt Köpenick für sich entdecken. Das Vorhaben wurde von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert.

► Gesundheitsdienst weiter in Altglienicke

Die Außenstelle des Kinder und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) bleibt in Altglienicke geöffnet. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen war eine Schließung empfohlen worden. Das Bezirksamt hatte sich jedoch für den Erhalt des KJGD in der Ortolstraße entschieden, weil es den Aspekt des Kinderschutzes am Standort mit sozial schwachem Klientel in Altglienicke höher wertete.

► Pläne für Volkspark Wuhlheide

Das ehemalige GUS-Gelände in der Wuhlheide wird vom Grünflächenamt des Bezirkes im kommenden Jahr zu einem Naturschutzgebiet umgestaltet. Außerdem wird auf dem verlängerten Eichgestell ein Radweg angelegt. Ein Entwicklungskonzept für die Wuhlheide vom Architekturbüro „Seebauer/Wefers und Partner“ sieht ein Raumkonzept, Marketing und Tourismus sowie verschiedene Einzelprojekte vor.

Informationen aus dem Bezirksamt

► Kürzung von Beratungszeiten

Die Verkürzung der Beratungszeiten für behinderte, krebs- und aidskranke Menschen ab dem 1. November wird mit der Versetzung einer Mitarbeiterin in den Sozialpsychiatrischen Dienst begründet. Die verbleibenden vier Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen könnten an den drei Beratungsorten an vier Wochentagen nur noch 13 Stunden statt bisher 16 Stunden zur Verfügung stehen. Die Einschränkung treffe nicht auf vereinbarte Gesprächstermine oder Hausbesuche zu.

Altstadt als kulturelles, touristisches Zentrum

Altstadtkonferenz Köpenick zu Jahresbeginn

Die Linksfraktion hat vor einem Jahr einen Antrag zur Durchführung einer Altstadtkonferenz eingebracht, der dann auch beschlossen wurde. Anfang 2011 soll die Konferenz jetzt stattfinden. Die blättchen-Redaktion sprach aus diesem Anlass mit der damaligen Antragstellerin Petra Reichert.

Die dritte Altstadtkonferenz steht vor uns. Das heißt, es gab schon zwei Altstadtkonferenzen. Was haben sie gebracht?

Als wir 1998 die erste initiierten, war unser Anliegen ein Gremium, das sich mit den massiven Problemen der Altstadt Köpenick befassen und nach Ideen und Lösungsmöglichkeiten suchen sollte. Die erste Konferenz war dann auch durch viele gut gemeinte, aber oft unrealistische Vorschläge und Visionen gekennzeichnet. Nach der Bezirksfusion haben wir in der BVV eine erneute Konferenz beschließen können. Es gab sogar konkrete Vorstellungen einer eigens dafür gebildeten Arbeitsgruppe über die Zielrichtung der zweiten Altstadtkonferenz. Nämlich Kultur und Wirtschaft. Leider wurde die Verantwortung damals dem Baustadtrat übertragen. Der hat auf einen Dialog gepfiffen und nur Menschen engagiert, die anschaulich demonstrierten, wie schön sich andere Altstädte entwickelt haben. Das war schnell vergessen.

Was soll mit der dritten Konferenz erreicht und besser werden?

Obwohl sich in der Altstadt viel getan hat, gibt es nach wie vor Probleme, die unterschiedlichsten Interessen und Ideen unter einen Hut zu bringen. Es gibt viel Unmut, Vorbehalte und gegenseitiges Misstrauen zwischen den Akteuren der Altstadt und einzelnen Ämtern. Wir wollten alle an einen Tisch haben, wo das mal ausgesprochen wird.

Es gab einen Workshop und einen intensiven Dialog in drei Arbeitsgruppen, in dem die Grenzen und Möglichkeiten der Altstadt ausgelotet wurden, um weitere Schritte daraus abzuleiten. Der Diskussionsbedarf war so groß, dass die Arbeitsgruppen mehrmals getagt haben.

Welches waren die Schwerpunkte der Diskussionen?

Es ging um eine bessere gemeinsame Vermarktung der Altstadt als kulturelles, gastronomisches und touristisches Zent-

rum, um qualitativ hochwertige Feste. Es ging um Begehrlichkeiten zur Nutzung der Grünanlagen auf der einen und um deren Schutz auf der anderen Seite, was sich als ziemlich festgefahrener Konflikt erwies. Und es ging um den Gebietscharakter der Altstadt. Die Debatten sind noch nicht abgeschlossen. Zum Gebietscharakter der Altstadt wird es eine weitere Runde geben. Das ist auch der Grund, weshalb die eigentliche Altstadtkonferenz noch nicht stattgefunden hat. Sie soll das Ergebnis der Debatten zusammenfassen und weiteres gemeinsames Handeln vereinbaren.

Der Tourismusverein und andere Akteure wünschen sich mehr Entfaltungsfreiheit. Müssen sich die Anwohnerinnen und Anwohner künftig auf eine Amüsiermeile mit Nachtlokalen und angeheitertem Publikum einrichten?

Ganz sicher nicht. Aber die abschließende Debatte zu genau diesem Thema, nämlich zum Gebietscharakter der Altstadt, wird demnächst in einer Expertenrunde geführt. Es geht dabei um konkrete Instrumentarien. Was können sie befördern, wo sind sie hinderlich und wie können sie bereits traditionelle Veran-

staltungen wie Konzerte im Rathaus Hof stadtplanerisch absichern.

Die Konkurrenz im Forum Köpenick und anderswo ist groß. Welche Möglichkeiten hat das Bezirksamt überhaupt, um den Gewerbetreibenden unter die Arme zu greifen?

Die Altstadt wird aufgrund ihrer Lage und geringen Größe immer Probleme haben. Und die Tausend Einwohner reichen auch nicht aus, um die Geschäfte am Leben zu erhalten. Hier müssen sich Branchen ansiedeln, die zusätzliche potenzielle Käufer in die Altstadt ziehen. Florierende Geschäfte profitieren wiederum voneinander. Das Bezirksamt muss für gute Rahmenbedingungen sorgen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Zum Beispiel Fördermittel für konkrete Marketingmaßnahmen beantragen.

Und das bisherige Fazit?

Unser Antrag hat damals im Bezirksamt keine Begeisterungstürme ausgelöst und die Vorbereitung war sicher auch eine Heidenarbeit. Wir haben ein Verfahren erreicht, wie wir es uns immer vorgestellt haben. Einen konstruktiven Dialog. Ich habe Leute erlebt, die über ihren eigenen Tellerrand schauen und etwas tun wollen und – bei allem notwendigen Eigeninteresse – enger zusammengerückt sind. Und ich höre Stimmen, auch aus den Ämtern, dass man diesen Dialog in geeigneter Weise fortführen sollte.



Köpenicker Winterimpressionen.



Eine lebhafte Diskussion brachte das Treffen mit den Verteilerinnen und Verteilern des „blättchen“ im Treptower Rathaus. Dabei gab es interessante Anregungen von denjenigen, die vor Ort den Kontakt zwischen Redaktion und Lesern herstellen. Bezirksvorstand und Fraktion als Herausgeber wollten sich bei dieser Gelegenheit bei den zahlreichen Aktiven, von denen leider nur ein Teil an dem Treffen teilnehmen konnte, bedanken. Aber auch Redaktionsmitglieder standen Rede und Antwort.

Diskussionsbeitrag zur Programmdebatte Kultur im Parteiprogramm

Die Mitglieder der Basisorganisation Kultur (BOK) hatten sich schon in mehreren Debatten über den Stellenwert der Kultur im Programmwurf unserer Partei verständigt. Weder in Form noch in Inhalt waren sie mit den bisherigen Textentwürfen einverstanden. Deshalb luden sie im November die kulturpolitische Referentin der Bundestagsfraktion Dr. Annette Mühlberg ein. Zur Diskussion lag auch ein „Nachbesserungsentwurf“ vor, der der Redaktionskommission des Parteiprogramms von der ständigen Kulturpolitischen Konferenz der LINKEN zugeleitet worden ist.

Auch diesem Textentwurf wollten die Mitglieder der BOK nicht so ohne weiteres folgen. Die Sprachwahl war dabei einer der Hauptkritikpunkte am Programm. Die BOK hält es da mit Gesine Löttsch, die auf dem Programmkonvent gefordert hat, dass das Programm „möglichst viele Menschen für eine bessere Gesellschaft begeistern“ können muss und ergänzend anmerkte: „Ich würde mich schon freuen, wenn viele Menschen unser Programm einfach einleuchtend fänden.“

Insgesamt sind die Textentwürfe, so wurde in der Diskussion betont, Texte von Spezialisten für Spezialisten, auch in der Diskussionsveranstaltung musste Annette Mühlberg bestimmte Passagen „übersetzen“, es sollte aber alles so formuliert werden, dass es ohne zusätzliche Erklärung zu verstehen ist.

In ihren Notizen zu der Aussprache in der BOK vermerkte Annette Mühlberg: „Lange wurde darüber debattiert, was ... unser ‚gemeinsames‘ Kulturverständnis sein könnte und ob wir damit nicht doch trotz gegenteiliger Behauptungen in die Nähe von Leitkultur kämen. Wir waren uns einig, dass dieses Kulturverständnis nur ein plurales sein kann und dass die Diskussion darum das Entscheidende ist, weil Kultur und Gesellschaft sich selbst stetig in Veränderung befinden, Dynamik und Prozesshaftigkeit seien also zu beachten.“

Kritisch wurde vermerkt, dass wir zwar die Unterschiede Ost-West im Blick hätten, aber nicht den ‚Nord-Süd‘-Konflikt, diese blendeten wir gänzlich aus. Probleme der Akzeptanz und Integration von BürgerInnen mit Migrationshintergrund kämen nicht vor – die Sarrazin-Debatte hätte gezeigt, wie notwendig hier ein Flagge-Zeigen ist. Meine Anmerkung, dass dies bei einigen Passagen zu kultureller Vielfalt usw. mit gemeint sei, ließen (die Genossen) nicht gelten, was man erklären müsse, erkläre sich eben nicht von selbst.“

Mühlberg versicherte, dass die Anregungen für die nächstfolgenden Bearbeitungsstufen aufgenommen werden und geprüft wird, wo ergänzt, präzisiert und stilistisch nachgebessert werden kann.

■ ■ Freya Ojeda
Basisorganisation Kultur

Informationen aus dem Bezirksamt

► Ausbildungsplätze im Bezirksamt

Im laufenden Jahr haben sich 628 Jugendliche um einen Ausbildungsplatz im Bezirksamt beworben. 117 von ihnen wurden zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen. Bei den Auswahlverfahren würden in schriftlichen Tests und bei mündlichen Interviews einheitliche Qualitätskriterien angewandt. 559 aller Bewerber hatten die Anforderungen nicht erfüllt. Von den 69 geeigneten Bewerbern haben 19 das Angebot angenommen. In den vergangenen fünf Jahren hatte das Bezirksamt 130 Ausbildungsplätze angeboten.

► Toilettenproblem Treptower Park

Für öffentliche Toiletten in Grünanlagen des Bezirks gibt es keine rechtliche Verpflichtung, also auch keine finanziellen Mittel. Es sei, so das Bezirksamt, zumindest europaweit üblich, dass Touristen Toiletten in öffentlichen Gebäuden oder Gaststätten nutzen.

Das sei auch für Besucher des Treptower Parks zumutbar. Aufgrund der Größe der Grünanlagen sei es auch unproblematisch, wenn sich Menschen unabhängig davon in den Grünanlagen entleerten. Vertragliche Regelungen mit der Firma Wall würden von der Senatsverwaltung geschlossen.

Die Berliner Mauer in Treptow

Heimatmuseum bereitet Ausstellung und Buch vor

17 Kilometer war das Mauerteilstück lang, das über 28 Jahre Treptow vom benachbarten Kreuzberg und Neukölln trennte. Diese Grenze, die sich vom Schlesischen Busch über Harzer-, Bouché-, Heidelberger- und Kiefholzstraße, den Teltowkanal entlang bis zur Waltersdorfer Chaussee erstreckte, war die längste aller Berliner Bezirke. Hier fanden 23 Menschen den Tod, darunter auch drei Kinder, drei Westberliner und drei Angehörige der DDR-Sicherungskräfte. Der näheren Erforschung dieser Grenze widmet sich derzeit das Heimatmuseum mit einem Gesamtprojekt „Geschichte der Berliner Mauer in Treptow“. Für die intensiven Nachforschungen und Studien, die seit April im Gange sind, kann Museumsleiterin Barbara Zibler auf die Unterstützung des jungen Historikers Ronny Kern bauen, der nach erfolgreichem Studienabschluss an der TU Berlin dankbar war, ein solch interessantes Projekt bearbeiten zu dürfen. Es findet seinen Abschluss als dritter Teil einer Dauerausstellung im Heimatmuseum, die im August 2011 zur Langen Nacht der Museen im Alten Johannisthaler Rathaus eröffnet werden soll. Geplant ist darüber hinaus ein museumspädagogisches Begleitheft für Schüler bis zur 5. Klasse und unabhängig davon eine Publikation, die Ronny Kern gerade erarbeitet. Der 29-jährige Köpenicker stellte die Konzeption seines Buches Anfang November im voll besetzten Ratssaal interessierten Bürgern von beiden Seiten der früheren Mauer vor.

Anknüpfend an bereits vorliegende Veröffentlichungen und eine Ausstellung

1999 unter dem Titel „Geteilte Nachbarschaft“ hat er nach neuen ergänzenden Fakten, Fotos und vor allem Zeitzeugen gesucht, um Ursachen des Mauerbaus, Stimmungen der Menschen im August 1961, spektakuläre oder gescheiterte Fluchten, den Ausbau der Grenzanlagen und die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen mit ihren Auswirkungen auf Treptow möglichst genau beleuchten zu können.

Auf 110 Seiten Text mit rund 100 Fotos wird er im Buch, das Mitte nächsten Jahres erscheinen soll, die Ergebnisse seiner Arbeit darlegen. Im Mittelpunkt der Ausstellung wird ein Modell des Mauerstreifens stehen, um jüngeren Besuchern die Geschichte besser vermitteln zu können. Auf zwei Monitoren werden ergänzend zahlreiche Fotos laufen, so die Museumsleiterin.

Ronny Kern hatte in den vergangenen fünf Monaten in Archiven geforscht, darunter im Landesarchiv, wo auch Unterlagen der Volkspolizei aufbewahrt werden, sowie in der Polizeihistorischen Sammlung und in Unterlagen des MfS. Darüber hinaus hat er Interviews mit mehreren Zeitzeugen geführt, sowohl aus Ost als auch West, einschließlich zu einem gescheiterten Fluchtversuch. Er hofft darauf, bis zum Abschluss seines Manuskripts noch einen Zeitzeugen aus den Reihen der Grenzsicherungskräfte zu finden.

Geboren im Jahr 1981, kann sich der junge Historiker nur auf das berufen, was in Archiven festgehalten wurde oder was ihm Zeitzeugen aus subjektiven Erlebnissen und Erfahrungen berichten. Auf die



Foto: Helga Pett

Ronny Kern im Heimatmuseum

Frage, was ihn bei der Beschäftigung mit dieser schwierigen Problematik am meisten bewegt und wie er versucht habe, einseitige Darstellungen zu verhindern, erklärte er gegenüber „blättchen“: „Für einen Historiker sind neben Archivunterlagen die Aussagen von Zeitzeugen sehr wichtig, da die Einzelschicksale oft einen ganz anderen Blickwinkel auf Fakten freimachen. Ich war deshalb sehr froh, dass mir bei meiner ersten Arbeit im Berufsleben dabei freie Hand gelassen wurde. Ich habe aber auch viel dazugelernt, so zum Beispiel bei der Suche nach Fotos und vor allem beim genauen Umgang mit Urheberrechten. Ich hoffe, dass ich mit meinem Buch eine sachlich fundierte Arbeit vorlege und dass es mir bei meinen beruflichen Perspektiven weiterhelfen wird.“

■ ■ Helga Pett

Volkssolidarität würdigt ehrenamtliche Tätigkeit

Anlässlich seines 65. Jahrestages ehrte der Verein Volkssolidarität zahlreiche ehrenamtlich Tätige. So sind beispielsweise in vier Ortsgruppen in Adlershof viele Helferinnen und Helfer für die Betreuung nicht nur der Mitglieder, sondern weiterer Bürger im Stadtteil tätig. Regelmäßige Veranstaltungen, wie z.B. Geburtstagsfeiern im Kiezklub „Alte Schule“ ge-

hören dazu ebenso wie das Organisieren der Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen im Bunsensaal, die von der Bezirksgeschäftsstelle veranstaltet werden. Ebenso Busfahrten und nicht zu vergessen die Vielzahl von persönlichen Gesprächen, die den Mitgliedern das Gefühl vermitteln, nicht allein zu sein.

In Würdigung dieses Engagements wurden in einer Festveranstaltung des Landesvorstandes der Volkssolidarität unter anderem die Vorsitzende der Ortsgruppe 073, Lore Linke, mit dem Ehrenpreis der Volkssolidarität, der Bezirksvorsitzende, Dietmar Weller mit der

Solidaritätsnadel in Gold und Heinz Gromoll aus der OG 073 mit der Solidaritätsnadel in Silber geehrt. In derselben Veranstaltung wurde auch das Engagement des Teams der Mitarbeiterinnen des Kiezklubs „Alte Schule“ mit dem Ehrenpreis der Volkssolidarität gewürdigt.

Außerdem wurden in einer Veranstaltung des Bezirksvorstandes aus Adlershof mit der Solidaritätsnadel in Bronze ausgezeichnet: Doris Hoeft, Ingrid Lipke, Jutta Mühlmeil, Ursula Richter und Margarete Schroth. Allen Ausgezeichneten, auch denen aus anderen Ortsteilen, herzlichen Glückwunsch.

Blumen für Schneller

Ein Zeichen gegen das Vergessen

Foto: Helmut Hoffert



Es waren nur ein rundes Dutzend, die sich anlässlich des 120. Geburtstages von Ernst Schneller an seinem einstigen Wohnhaus in der Schnellerstraße 70a mit Blumen einfanden. Dennoch wurde damit wieder ein Zeichen gegen das Vergessen gesetzt. Zuerst das „Lied der Pflastersteine“ von Erich Weinert von Dieter Kempe vorgetragen, wurde anschließend der Weg des Geehrten bis zu seiner Ermordung im KZ am 10.11.1944 von Fred Bruder skizziert. Als Abgeordneter im Sächsischen Landtag setzte sich der Lehrer für die Einführung von kostenloser Schulspeisung, Lernmittelfreiheit, kostenlosen ärztlichen und zahnärztlichen Untersuchungen für Schul- und Vorschulkinder sowie Ausstattung schul-

Ernst Schneller Büste in Sachsenhausen

Die bisher eingelagerte Büste „Ernst Schneller“ wurde entsprechend einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen als Dauerleihgabe übergeben.

entlassener Kinder mit Kleidung ein. Von 1924 bis 1933 gehörte er dem Reichstag an. Nach dem Reichstagsbrand wurde er verhaftet und ins KZ Sonnenburg, später ins Zuchthaus Waldheim, KZ Sachsenhausen und KZ Mauthausen verbracht, wo er ermordet wurde. Seit 1992 erinnert vor dem Reichstag eine der 96 Gedenktafeln für von den Nationalsozialisten ermordete Reichstagsabgeordnete an Schneller.

Pünktlich zum Jahrestag des Pogroms: Menschenverachtende Nazi-Schmierereien



Hans Erxleben: „Das ist Pogromhetze pur“

Es war offensichtlich eine gezielte Aktion gegen den Ge(h)-Denk-Rundgang, der an das jüdische Leben in Oberschöneweide erinnern sollte. In der Nacht zuvor waren am Rundgangsweg Nazi-Schmierereien aufgetaucht, die in ihrer menschenverachtenden Art kaum zu überbieten sind. Insgesamt sechzehn Parolen und sechs Hakenkreuze ließen keinen Zweifel am Hintergrund der Täter.

Allein am Eingang zum Peter-Behrens-Bau, dem Ausgangspunkt des Rundgangs,



der anlässlich des 72. Jahrestags der Pogromnacht stattfand, hinterließen die Täter sechs: „Judas verrecke“, „Gas und Stein dem Judenschwein“, „Baut mehr KZs“, „6 Mio waren nicht genug“, „Happy Holocaust“, „Juden raus“.

»Das ist Pogromhetze pur, in dieser Form und Eindeutigkeit die bisher größte ihrer Art in unserem Bezirk«, stellte Hans Erxleben von der LINKEN Treptow-Köpenick fest.

Die herbeigerufene Polizei sollte ei-

gentlich nicht nur die Anzeige aufnehmen, sondern auch diese Sprüche beseitigen. Doch etliche wurden von ihr offensichtlich gar nicht gefunden, bei anderen wurden nur einzelne Buchstaben übersprüht. Offensichtlich, so Polizeibeamte zur Erklärung, aus Sparsamkeitsgründen, weil man nicht genügend Spray hätte. DIE LINKE Oberschöneweide hatte spontan für den Jahrestag der Pogromnacht zu einer Aktion »Weg mit dem Nazi-Dreck« zur Entfernung aller Parolen aufgerufen.

Knapp fünfzig Personen, die zu dem Gedenksparadgang erschienen, waren sich einig: jetzt erst recht. So hatte Gerd Lüdersdorf, Autor des Buches „Es war ihr Zuhause – Juden in Köpenick“, aufmerksame Zuhörer, als er an die AEG-Gründerfamilie Rathenau, aber auch die vielen namenlosen jüdischen Bürger erinnerte. 1933, so Lüdersdorf, lebten in Oberschöneweide noch 210 Bürger jüdischen Glaubens, 1939 waren es nur noch 46. Von diesen überlebten gerade einmal zwei.

■ ■ Kfo

Verfahren eingestellt

Das gegen den Sprecher des Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick, Hans Erxleben, wegen der Pressekonferenz gegen den Nazi-Aufmarsch eingeleitete Bußgeldverfahren (das blättchen berichtete) wurde jetzt kommentarlos eingestellt.



Der Kapitalismus ist krank – machen wir ihn fertig!

„Raus, weil sie nichts wert sind“ Streik mit Poesie in Paris

Werner Laube, Grafiker und Mitglied im Ausschuss für Kultur, Wirtschaft und Tourismus, machte sich auf den Weg zu einer polit-touristischen Reise nach Paris, wo er sich an einer Demonstration gegen die Rentenreform beteiligte. Seine Eindrücke hat er in diesem Bericht festgehalten.

Immer wieder haben wir diesen Besuch bei Huguette und Roger aufgeschoben. Erst als wir in den Herbstferien nach Méréville aufbrachen, wurde uns bewusst, wie lange wir nicht mehr in Frankreich waren, und dass unsere französischen Freunde inzwischen auch in die Jahre gekommen sind.

Bei aller Freude über unser Kommen gab es bei ihnen auch einige Bedenken: In ganz Frankreich wurde gestreikt und es war gar nicht sicher, ob wir für die Rückfahrt per Auto noch genug Sprit bekommen würden. Unsere Tochter Antje hatte im Internet die kürzeste Route über Belgien rausgesucht und so kamen wir nach zwei Tagen Fahrt glücklich in Méréville an. Alle freuten sich über das Wiedersehen, nur unser siebenjähriger Enkel Roman schlief so fest, dass ich ihn vom Auto gleich ins Bett tragen musste.

Die Tage darauf dauerten immer bis Mitternacht. Da gab es Erinnerungen an gemeinsame Erlebnisse in Berlin, im Ardèche, in der Oberlausitz und in Méréville, doch immer wieder holte uns die dunkle Zeit des Faschismus ein. Ro-

ger Monty ist ehemaliger Résistancekämpfer und hat eine Odyssee durch mehrere deutsche Konzentrationslager erlebt. Heute ist der Kommunist und Offizier der französischen Ehrenlegion 86 Jahre alt und hat den Nachgeborenen noch viel zu sagen. „Kannst du dir vorstellen, was in einem vorgeht, der gerade verhaftet wird, und dessen Leben in drei Minuten vorbei sein kann?“ Mit den Namen Stutthof und Groß Rosen verbindet Roger traumatische Erinnerungen, doch auch das sächsische Kamenz war eine Station seiner Gefangenschaft.

Thema unserer Gespräche war natürlich auch das aktuelle politische Geschehen in Frankreich. Die Pläne von Präsident Sarkozy, das Rentenalter der Franzosen auf 67 Jahre heraufzusetzen, hatten Schüler, Lehrer, Studenten, Beamte und Gewerkschafter zu landesweitem Protest herausgefordert. LKW-Fahrer blockierten Straßen; Schulen, Universitäten, Flughäfen und Bahnhöfe wurden bestreikt; und Arbeiter hatten alle 12 Ölraffinerien des Landes besetzt. Höhepunkt der Proteste und für mich das schönste Erlebnis unserer Reise war die große Kundgebung am 19. Oktober in Paris. Als mich Christine und Alain, Tochter und Schwiegersohn der Montys, fragten, ob ich daran teilnehmen möchte, antwortete ich spontan „Das wäre für mich eine große Ehre!“

Mit Christine fuhr ich im Zug von Etamp aus in die Hauptstadt. An der Place d'Italie trafen wir auch Ehemann Alain und Tochter Marina. Die junge Psychologin hatte noch ihre Kollegin Marie mitgebracht. Tausende Menschen hatten sich hier schon eingefunden, und immer neue kamen hinzu.

An einem vier Meter hohen, mit Plakaten und T-Shirts behängten Phantasiegefährt las ich das Wort „Poesie“. Unter den Demonstranten tauchten rote Jakobinermützen auf – ein kluger Appell, die revolutionären Ideale von 1789 auch heute einzufordern! Über den Köpfen der Menschen schwebten mächtige, mit Gas gefüllte Ballons der CGT. Auch Fahnen, Transparente und Aufkleber dieser Gewerkschaft und der Französischen Kommunistischen Partei bestimmten das Bild. Auf dem Dach einer Bushaltestelle schwenkten Anhänger der Sozialisten ihre Fahnen und Pappschilder.

Erst während des Marsches und bei genauerem Hinsehen erschloss sich mir die politische Vielfalt der Manifestation und die Schönheit und Originalität der mitgeführten Losungen. Am meisten aber gefiel mir die bunte, fröhliche und leidenschaftliche Atmosphäre der Demonstration, die vor allem den Schülern, Studenten und Künstlern zu verdanken war. International bekannte Protestsongs, Rockmusik und Sprechchöre wechselten einander ab, dazwischen riefen junge Rednerinnen ihren Zorn und ihre Erwartungen in die Mikrofone. „Charlemagne macht mobil!“ las ich auf einem Transparent der Lyzeumschülerinnen. Es folgten die Studenten der Lehrerbildungsinstitute mit der Forderung: „Arbeit für die diplomierten Jungen und Erholung für die müden Alten!“ Die Sorge, nach ihrem Studium keine Arbeit zu finden, brachten auch künftige Ärzte, Kindergärtnerinnen, Beamte und Wissenschaftler zum Ausdruck. Neben Mitarbeitern des Atomkraftwerks von Saclay marschierten Angestellte der Nationalbibliothek und der Akademie von Créteil. Auf vergrößerten 500-Euro-Scheinen mit den Porträts von Präsident Sarkozy und Arbeitsminister Woerth stand: „Raus, weil sie nichts wert sind!“ Zum Thema Kinder als Alternative zur Altersvorsorge las ich „Der Bauch der Frau ist keine Rentenkasse“. Die beste Losung aber trugen die Freundinnen Marie-Laure und Marina: „Der Kapitalismus ist krank – machen wir ihn fertig!“ Merci beaucoup, liebe französische Freunde!

■ ■ Werner Laube

Gysi meint...



Rente erst ab 67 ist Rentenkürzung und fördert Zunahme von Altersarmut

Vor drei Jahren hatte die große Koalition aus Union und SPD die Rentenkürzung erst ab 67 beschlossen. Sie soll ab 2012 schrittweise eingeführt werden. Für alle Geburtsjahrgänge ab 1964 soll es die Rente tatsächlich erst ab 67 Jahren geben. Wer dennoch mit 65 in Rente geht, muss lebenslang Abschläge von 7,2 Prozent auf die Rente hinnehmen, wer mit 63 Jahren geht, sogar 14,4 Prozent.

Das Gesetz sieht eine Überprüfung vor, ob es angesichts der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der geltenden Regelung bleiben kann. Diese Prüfung war jedoch eine reine Alibiveranstaltung. Mit getricksten und geschönten

Zahlen stand das gewünschte Ergebnis von vornherein fest: die Rente erst ab 67 wird kommen und sei angeblich alternativlos.

Schließlich habe sich die Zahl der Beschäftigten im Alter von 60 bis 64 Jahren seit zehn Jahren nahezu auf 38 Prozent verdoppelt. Wer jedoch genauer hinsieht, kommt zu gänzlich anderen Ergebnissen.

Besonders wichtig ist die Situation unmittelbar vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze von derzeit 65 Jahren. Hier sind nicht einmal zehn Prozent der 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Wer kurz vor der Rente arbeitslos wird, hat kaum eine Chance, in den Arbeitsmarkt zurück zu kehren. Gerade ein Fünftel der 60-Jährigen und weniger als zehn Prozent der 64-Jährigen kommen aus der Erwerbslosigkeit wieder in Arbeit.

Heute gehen die Menschen mit rund 63 Jahren vorzeitig in Rente. Sie erreichen nicht einmal das geltende Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Nur 7,5 Prozent aller, die 2008 mit 65 in Rente gingen, waren unmittelbar zuvor sozialversicherungspflichtig, einschließlich Altersteilzeit, beschäftigt.

Gegenwärtig muss fast jede zweite Person Abschläge von der Rente in Kauf nehmen. In Ostdeutschland sind mehr

als zwei Drittel aller neuen Rentnerinnen und Rentner von Abschlägen betroffen. Durchschnittlich betragen die Abschläge 115 Euro.

Steigen ab 2012 die Altersgrenzen schrittweise an, ist absehbar, dass für einen Großteil der Neurentnerinnen und Neurentner die Abschläge steigen. Dies würde die unsichere soziale und wirtschaftliche Lage der Betroffenen weiter zuspitzen. Zunehmende Altersarmut ist programmiert.

Dabei gäbe es die Alternative, statt der Rente erst ab 67 die Rentenbeiträge um ein halbes Prozent zu erhöhen. Das kostete die durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sieben Euro im Monat. Dafür entfielen die Rentenkürzung und Abschläge.

Aber Union, FDP und Grüne sind für die Rente erst ab 67. Die SPD beurteilt die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer inzwischen kritischer und will daher die Rente ab 67 so lange verschieben, bis sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Am Ziel der Rentenkürzung hält aber auch sie fest.

Nur DIE LINKE ist die einzige Stimme im Bundestag, die die Rente erst ab 67 ablehnt, weil sie falsch, unsozial und überflüssig ist.

Bürgersprechstunden:

Sprechstunde **Dr. Gregor Gysi** Die Sprechstunde im Dezember findet am **15.02.11** in der Zeit von **13 – 18 Uhr** im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin statt. Anmeldungen bitte unter der Telefonnummer 6322 4357.

.....
Mi **15. Januar. 17–18 Uhr** Gemeinsame Bürgersprechstunde **Uwe Doering**, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus und **Dr. Hans Erxleben**, Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick im Kulturzentrum Alte Schule Raum 117, in Adlershof, Dörfeldstraße

.....
Di **14.11. 17:00 Uhr** Bürgersprechstunde im Bürgerhaus Grünau mit **Marina Borkenhagen**, Mitglied der BVV-Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Umweltausschuss



Gysi im Treff

Dienstagnachmittag in Wendenschloss. Im Nachbarschaftstreff der DEGEWO und der Volkssolidarität Am Wiesengraben 13 herrscht gespannte Erwartung. Alle Stühle sind besetzt, denn überraschend hat sich Besuch angesagt, den keiner versäumen will. Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag, ist in seinem Wahlbezirk unterwegs und nimmt sich viel Zeit für die Sorgen und Nöte der Seniorinnen, denen der Treff ein zweites Zuhause ist. Der Bogen der Themen reicht weit. Die im Osten so beliebten Hackepeterbrötchen, das Erscheinungsbild der Linken, ihre Herabsetzung in Talkshows,

die Berliner Wasserverträge, die Alltagsorgen der Senioren in Deutschland, der Gewinn, den die Errichtung solcher Treffs in das Leben der Seniorinnen und Senioren bringt. Gysi will alles genau wissen. Welchen Sinn macht das Wirken eines



Foto: Freya Ojeda

solchen Nachbarschaftstreffs? Geduldig strukturiert er das Durcheinander der Fragen. Die Zeit vergeht wie im Fluge. Dann muss er wieder los. Die Zurückbleibenden diskutieren auch ohne ihn noch eine Weile aufgeregt weiter. Der Besuch wird in Erinnerung bleiben. Im Aufbruch schwingt die Hoffnung, dass er ja ruhig mal wieder vorbeikommen könnte, dieser Gregor Gysi.

■ ■ Freya Ojeda

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Basistreffen

Mo 7.2. 17:00

Ort: siehe Februar-blättchen
Beratungen des Bezirksvorstandes

Di 14.12. 18:30 Allendeweg

Di 11.01. 18:30 Allendeweg

Di 25.01.18:30 Allendeweg

Thematische Fraktionssitzung

Mo 31.01. 19:00 PRAXIS-NAH e.V., zur Situation des Trägers und des bezirklichen Ausbildungsverbundes

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

Schließzeiten zum Jahreswechsel:

Geschäftsstelle Treptow:

Letzter Kassentag: 16.12, 14-17 Uhr

Erster Kassentag: 06.01, 14-18 Uhr

Am 20.1.2011 bleibt die Kasse geschlossen.

Geschäftsstelle Köpenick:

Letzter Kassentag: 14.12, 10-17 Uhr

Erster Kassentag: 11.01 10-17 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

Schließzeiten des Bürgerbüros:

20.12.2010-10.1.2011 und 31.1.2011-4.2.2011

www.dielinke-treptow-koepenick.de

WIR GRATULIEREN

im Dezember

95. Hertha Meybaum

91. Lisa Bauer

90. Paul König

85. Kathe Bieler, Friedrich Schulz

80. Lia Anders, Edtith Schmidt,

Gerda Spakowski,

Erika Szkodowski, Kurt Brunn,

Gotthard Piecha

75. Sigrid Griebel, Barbar Nowak,

Wolfgang Hoernle, Hans-Joachim

Müller, Heinz Ringel, Arno Tamkus

70. Gerda Krüger

Im Januar

94. Grete Schiller

92. Gerhard Sarodnik

91. Gerda Müller

85. Magdalena Kunert,

Helga Köpstein

80. Johanna Kirsch, Christa Lingstädt,

Sepp Horlamus, Joachim Klugow,

Horst Thureau

75. Eva Steinbrück, Ursula Zibelius,

Konrad Bräuer, Arno Goldbach

70. Renate Barth, Rita Koppehele,

Frieder Plötz, Peter Tanneberger

LESERBRIEFE

Rückbau und Entlastung – Köder für die A 100

Ernst Welters stellt im blättchen (November) den Beschluss des Landesparteitags, seine Vorgeschichte und den Koalitionskompromiss so dar, als würde der Bezirk Treptow-Köpenick davon Nachteile haben, und äußert die Illusion, mit einer neuen Autobahn würden vorhandene Straßen entlastet und rückgebaut. Im letzten Jahrzehnt konnte jedoch in Treptow-Köpenick ganz konkret das Gegenteil beobachtet werden ...

Als die Südostallee als Verlängerung der Sonnenallee ausgebaut wurde, hieß der Köder „Entlastung und Rückbau der Baumschulenstraße“. Nichts dergleichen ist geschehen. Die A 113 wurde angeblich auch zur Entlastung des Adlergestells und der Köpenicker Landstraße gebaut. ... Die A 113 hat zwar ein bisschen Parallelverkehr vom Adlergestell abgezogen, aber zu erheblichem Mehrverkehr auf den Zubringerstraßen Sterndamm, Stubenrauchstraße, Königsheideweg, Jo-

hannisthaler Chaussee, Rixdorfer Straße, Südostallee und Baumschulenstraße, Späthstraße geführt. Falls die A 100 verlängert wird, fließt der stärkere Zu- und Abbringerverkehr in den Straßenzügen Köpenicker Landstraße, Am Treptower Park und Neue Krugallee, Puschkinallee und weiter Richtung Schlesisches Tor und Elsenstraße. Nach der Verlängerung der A 100 bis Treptow wären es die Autos, die den Stadtring Richtung Westen benutzen, und bei weiterer Verlängerung kommen noch die dazu, die nach Norden fahren...

In einem Punkt hat Ernst Welters allerdings leider recht: Die „Möglichkeiten der Verkehrsentslastung“ – oder nennen wir sie treffender „Möglichkeiten zur Bewältigung des Verkehrs“ – wurden bisher nicht ernsthaft in Angriff genommen. Im linken Verkehrskonzept Treptow-Köpenick und im Beschluss des Landesparteitags vom April 2010 sind zwar Kernmaßnahmen ... verankert, aber konkrete Schritte zur Umsetzung auf Landesebene sind nicht erkennbar. Bis zur nächsten Wahl ist nicht mehr viel Zeit dafür.

Andreas Schaack, Johannisthal

Die nächste Ausgabe des blättchen erscheint erst am 3. Februar 2011

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung.
Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe.
Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag.
Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.

Im Jahresabo für 21,60 Euro:

DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

disput@die-linke.de

Telefon (030) 24 00 95 10

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Künstler als Chronist

Jeder Künstler ist in gewisser Weise auch ein Chronist. Dieser Gedanke kam mir beim Betrachten von Cezannes Bildern: Jeden Tag malte und „notierte“ Cezanne seine eigenen Reaktionen, auf die Landschaft und die Menschen um ihn. In ähnlicher Weise wie Cezanne malt Eugenijus Varkulevicius seine Gefühle und Gedanken, eines Tages, eines Momentes, nach Begegnungen mit Freunden oder was ihm sonst noch begegnet.

Der in Kaunas (Litauen) geborene Eugenijus Varkulevicius arbeitet üblicherweise an vier, acht oder mehr Leinwänden gleichzeitig: Zu Beginn mit schnellen, spontanen Improvisationen, dann wachsend, sich entwickelnd, sich verändernd, auf einen Höhepunkt zusteuern. Danach ist seine Arbeit an diesem Zyklus beendet, und er wartet auf einen neuen Anstoß, einen neuen Zyklus von Gedanken, Gefühlen, Reaktionen. So entstehen und entstanden zahlreiche Bilder, mit Bleistift, Farbstiften, Tusche, Kaffee, Tee, Wein, Wasserfarben, Ölfarben, Pastell oder was immer ihm zur Verfügung steht, auf jedem Stück Papier oder Material. Noch bis zum 23. Januar ist im Foyer des Krankenhauses Hedwigshöhe eine vom Kunstbeirat des Krankenhauses organisierte Ausstellung mit Werken von Varkulevicius zu sehen.

■ ■ Jonas Mekas

Köpenick wird zum Adventskalender



Gemeinsames Singen beim Start der Adventsaktion in der Mittelpunktbibliothek.

In den Fenstern der Mittelpunktbibliothek am Alten Markt gestalten Schülerinnen und Schüler der Schule an der Dahme, der Hans-Grade-Schule sowie der Grundschule am Bunzelberg einen Adventskalender. Hier und in weiteren Geschäften und Einrichtungen der Altstadt Köpenick werden sich in der Adventszeit täglich Türen öffnen. Das Treffen findet täglich um 16:30 Uhr an der Mittelpunktbibliothek, Alter Markt 2, statt. Hier wird seit 1. Dezember jeden Tag ein Fensterbild enthüllt. Von da aus geht es dann weiter zur jeweiligen Tür, die in der Altstadt Köpenick um 17 Uhr geöffnet wird. Ein ungewöhnlicher Weihnachtsbummel, um innezuhalten und die vorweihnachtliche Stimmung zu genießen.



Foto: Marina Borkenhagen

Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.myberlinfor.me/placesview/K-penicker-Adventskalender-in-der-Altstadt

■ ■ Petra Reichardt, AG Altstadt beim Bezirksamt Treptow-Köpenick

Tagesfahrt.

Am Mittwoch, **26. Januar**, gibt es wieder die Möglichkeit, an einer **Tagesfahrt** auf Einladung von **Gregor Gysi** durch den Berliner Politikbetrieb teilzunehmen. Punkte des Programms sind: Besichtigung des Plenarsaals und Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments sowie eine Diskussion mit Gregor Gysi. Anmeldungen bitte unter der Telefonnummer 63224357.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 11

MI 08.12. 18:30 Uhr Baustadtrat Rainer Hölmer (SPD) stellt die Planungen zur Umgestaltung des Elcknerplatzes am S-Bahnhof Köpenick vor, Ratssaal des Rathauses Köpenick (Alt-Köpenick 21) vor. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich zu dieser Informationsveranstaltung eingeladen.

MO 13.12. 15:00 Uhr Beratung der AG Senioren in der Geschäftsstelle Brückenstraße
THEMA: Auswertung der Beratung des Parteivorstandes DIE LINKE mit den Senioren-AG aller Bundesländer vom 09.11. und Schlussfolgerungen für die weitere Programmdebatte und den Wahlkampf 2011 in Treptow-Kö-

penick. Gäste sind wie immer herzlich eingeladen

SO 19.12. 10:00 Uhr Oh, du fröhliche Merkelei, Frühschoppen mit Günter Herlt, Köpenicker Fischerhütte, Wendenschloßstr. 60 D

SA 15.1. 10:30 Uhr Programmdebatte mit Ellen Brombacher zu Positionen der kommunistischen Plattform, Gaststätte „Zur Tankstelle“, Spindlersfeld

DO 20.1. 19:30 Uhr Die Schauspielerin Nina Kronjäger liest aus dem Buch „Leg dich, Zigeuner“ von Roger Repplinger

Zu den Opfern des Nationalsozialismus gehören auch deutsche und österreichische Sinti und Roma, von denen mehr als die Hälfte in Konzentrationsla-

gern umkam. Zu ihnen gehört auch Johann „RUKELI“ Trollman, der 1944 im Außenlager des KZ Neuengamme – in Wittenberge von einem SS-Aufseher erschlagen wurde. Dem Häftling 9841 wurde 2010 im Viktoria-Park ein temporäres Denkmal gewidmet – nachdem ihm 2003 posthum der Deutsche Meistertitel wieder zuerkannt wurde – ein steinerner Boxring.

SO 23.1. 10:00 Uhr Polit. Frühschoppen, Köpenicker Fischerhütte, Wendenschloßstr. 60 D

FR 28.1. 16:00 Uhr Hermann Kant liest aus seinem Buch „Kennung“, Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de